

An Herrn Landrat Reuter
im Hause
über Kreistagsbüro



Göttingen, 15.02.2018

Bundesweites Glyphosatverbot - Glyphosatreier Landkreis Göttingen

Tagesordnung der Sitzung des Kreistages Göttingen am 7. März 2018

Sehr geehrter Herr Reuter,

die Gruppe LINKE/PIRATEN/PARTEI+ möchte Sie bitten, die Tagesordnung der Sitzung des Kreistages Göttingen am 7. März 2018 um den Tagesordnungspunkt „Bundesweites Glyphosatverbot - Glyphosatreier Landkreis Göttingen“ zu ergänzen.

Hierzu beantragen wir:

Der Kreistag des Landkreises Göttingen fordert den Bundestag und die Bundesregierung auf, einen weiteren Einsatz von Glyphosat im Bundesgebiet zu verbieten.

Der Kreistag ruft dazu auf, die Online-Petition "Schluss mit Glyphosat, Frau Merkel" [1] zu unterzeichnen.

Der Landrat wird aufgefordert, sich gegenüber der Niedersächsischen Landesregierung für eine Bundesratsinitiative gegen den weiteren Einsatz von Glyphosat, einzusetzen.

Der Landkreis Göttingen initiiert vor Ort ein Bündnis gegen den Einsatz von Glyphosat im Bereich Landwirtschaft, Garten- und Grünanlagenpflege und Privathaushalten. Hierbei sollen die Alternativen zum Einsatz von Glyphosat verdeutlicht werden. Ziel sollte ein glyphosatreier Landkreis Göttingen sein.

Dies könnte beispielsweise durch folgende Maßnahmen geschehen:

- Gespräche mit Landvolk Göttingen, Kreisbauernverband e.V., mit dem Ziel einen Verzicht auf den Einsatz von Glyphosat zu erreichen;
- Information der Bürgerinnen und Bürger über die schädlichen Wirkung von Glyphosat;
- Erstellung einer Ausstellung und Infomaterial über ökologisch sinnvolle Alternativen zu Glyphosat;
- Initiierung eines lokalen Bündnisses gegen den Einsatz Glyphosat unter besonderer Beteiligung von Umweltverbänden, Imkern, Landschaftspflegeverband usw.;
- Gespräche mit Einzelhandel, Bau- und Gartenmärkten mit Ziel auf den Verkauf von glyphosathaltigen Produkten zu verzichten.

Begründung:

Der Alleingang des CDU-Ministers Schmidt und der Union hat ermöglicht, dass Glyphosat fünf weitere Jahre in der EU eingesetzt werden darf. Dies steht nicht nur im scharfen Widerspruch zu politischen Abmachungen, sondern vor allem in starkem Kontrast zu Zielen der Kommunen, die für eine biologische Vielfalt kämpfen und ihre Bürger vor Gesundheitsgefahren schützen wollen.

Im Entwurf für eine Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/SPD/CSU gibt es folgende Formulierung:

„Wir werden mit einer systematischen Minderungsstrategie den Einsatz von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmittel deutlich einschränken mit dem Ziel, die Anwendung so schnell wie möglich grundsätzlich zu beenden“; dieser Satz ist die Zeile Nr. 6722 aus dem Entwurf vom 07.02.2018. Ein Enddatum für die Verwendung von Glyphosat steht mit dieser Formulierung nicht fest.

Es sollen alle lokalen Handlungsmöglichkeiten zur Verhinderung der weiteren Verwendung von Glyphosat genutzt werden. Ansprechpartnen/innen sind dabei neben den Landwirten auch Betriebe, Garten- und Hausbesitzer.

Gefahr für unser Ökosystem

Es braucht endlich ein striktes Verbot von Glyphosat im Kampf gegen das Sterben der Insekten, welches unser gesamtes Ökosystem in Frage stellt.

Bereits jetzt gehen Experten davon aus, dass in den letzten 27 Jahren die Anzahl der fliegenden Insekten um 75 % Prozent zurückgegangen ist.

Dies hat verheerende Folgen für Vögel und Kleinsäuger, denen die Nahrungsgrundlage entzogen wird, ebenso für den Fortbestand vieler Blüh- und Nutzpflanzen, die nicht mehr bestäubt werden. Nicht zuletzt sind es Insekten, die beim natürlichen Kreislauf von Verwesung und Gewinnung von Humus eine entscheidende Rolle spielen. Die Bezeichnung "Pflanzenschutzmittel" ist denn auch irreführend und verschleiert die Wirkweise des Giftes. Nicht um Pflanzenschutz geht es hier, sondern um die Vernichtung von sogenannten "Schädlingen".

Der Einsatz von Glyphosat hat nicht nur Folgen für den Naturschutz, sondern auch für den Wasserschutz.

Der Landkreis Göttingen ist selbst Mitglied des Bündnisses "Kommunen für biologische Vielfalt". Wichtigstes Ziel dieses Bündnisses ist laut Pressemitteilung Wichtigstes Ziel des "der Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt."

Gefahr für unsere Gesundheit

Noch immer herrscht Streit über die gesundheitlichen Gefahren, die von Glyphosat ausgehen. [2] Solange dem Krebsverdacht kein valider Gegenbeweis entgegengebracht werden kann, fordern wir ein striktes Zulassungsverbot von glyphosathaltigen Pestiziden wie "Roundup" oder "glyfos".

Es ist besorgniserregend, dass mittlerweile bei 70% der Deutschen Glyphosat im Urin nachgewiesen wurde.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Eckhard Fascher

[1]

https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/umweltgifte/offener_brief_wiederzulassung_glyphosat.pdf

[2]

<http://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0185809>